

## **Bürgergeld-Empfänger in Berlin: Hohe Zuzahlungen bei Mietkosten**

Hunderttausende Bürgergeld-Empfänger in Berlin zahlen monatlich über 160 Euro für Wohnkosten, da Wohnungen oft als unangemessen gelten.

Die Situation von Bürgergeld-Empfängern in Deutschland wird zunehmend prekär, insbesondere in Bezug auf die Wohnkosten. Laut einer aktuellen Auswertung müssen viele Haushalte zusätzliche Beträge selbst aufbringen, da ihre Mietwohnungen nicht den festgelegten Angemessenheitskriterien entsprechen. Diese Informationen stammen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Gruppe im Bundestag und zeigen, dass im vergangenen Jahr fast jeder neunte Haushalt betroffen war.

### **Kosten für Wohnraum massiv belastend**

Im Schnitt mussten Bürgergeld-Empfänger monatlich etwa 103 Euro für ihre Miete und Heizkosten zusteuern. Es ist vorgesehen, dass der Staat diese Kosten übernimmt, jedoch sind nur die Wohnungen erfasst, die als angemessen gelten. Um als angemessen zu gelten, müssen die Mieten und die Größe der Wohnung bestimmte regionale Richtwerte einhalten. Überschreiten diese die festgelegten Grenzen, sind die Empfänger verpflichtet, entweder umzuziehen oder Teile ihrer Wohnung unterzuvermieten.

### **Prekäre Wohnsituation für Familien**

Besonders betroffen sind Haushalte mit Kindern, die im

Durchschnitt bis zu 124 Euro im Monat selbst finanzieren müssen. Dies zeigt eindrücklich, wie stark die Subventionen des Staates hinter den tatsächlichen Wohnkosten zurückbleiben. Die Gläubiger können bei den Miet- und Heizkosten in den meisten Fällen nicht auf eine gerechte Lösung hoffen, da bezahlbarer Wohnraum oft nicht zur Verfügung steht.

## **Kritik an unrealistischen Mietgrenzen**

Die unzureichenden Mietgrenzen werden seit Jahren von Sozialverbänden kritisiert. Sie argumentieren, dass die festgelegten Richtlinien in vielen Städten nicht den realen Gegebenheiten des Wohnungsmarktes Rechnung tragen. Caren Lay, eine Abgeordnete der Linken, verdeutlicht die Herausforderung, vor der Bürgergeld-Empfänger stehen: „Von den paar erschwinglichen Optionen bleibt meist nur die Wahl, sich beim täglichen Lebensbedarf weiter einzuschränken oder die Miete selbst zu decken.“

## **Regionale Unterschiede in den Zuzahlungen**

Die ungerechte Verteilung der Wohnkosten zeigt sich auch in den regionalen Zahlen. Besonders in Berlin sind die Zuzahlungen für Haushaltseinkommen, die vom Bürgergeld leben, stark ausgeprägt. Hier müssen die Empfänger fast 160 Euro monatlich selbst aufbringen, was sie stark belastet. In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Haushalte mit Zuzahlungen bei 17 Prozent, während in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Situation etwas besser war.

## **Langzeitbezieher in der Krise**

Ein besorgniserregendes Detail ist die Ausnahmeregelung für neue Bürgergeld-Empfänger: Ihre Kaltmieten werden im ersten Jahr nicht auf Angemessenheit überprüft, was die Situation für Langzeitbezieher verschärft. Diese müssen oft die Lücke zwischen den gezahlten Beträgen und den tatsächlichen Kosten

aus dem ohnehin knappen Regelsatz kompensieren. Heidi Reichinnek von der Linken kritisiert das als „unerträglich“ und fordert eine Überprüfung der Kostengrenzen, um den Betroffenen eine angemessene Versorgung zu ermöglichen.

Zusammenfassend zeigt die aktuelle Lage der Bürgergeld-Empfänger hinsichtlich der Wohnkosten, wie wichtig es ist, die entsprechenden Richtlinien zu überdenken, um den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden und ihnen ein lebenswertes Zuhause zu ermöglichen.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**